

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



„Kundgebung für „Solidarität mit Global Sumud Flotilla und Gaza“

Freitag, 22. Mai 2026, KIRCHENPLATZ GIESSEN

Rede von Ramazan Kuruyüz, Vorsitzender der IRH

Vorbemerkung vor meiner Hauptrede

- Zwischen Verantwortung, Wahrheit und Diffamierung -

(Diese Vorbemerkung habe ich unmittelbar vor meiner Hauptrede bei der Kundgebung vorgetragen.)

*Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,
bevor ich mit meiner eigentlichen Rede beginne, möchte ich eine kurze persönliche Vorbemerkung machen.*

Manche von euch fragen sich vielleicht, warum ich bei unseren Kundgebungen oft längere und ausführliche Reden halte. Und ich weiß natürlich, dass ich dabei eure Zeit und Geduld in Anspruch nehme.

Aber als Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen trage ich die Verantwortung für diese Kundgebungen und für jedes Wort, das hier öffentlich gesprochen wird. Unsere Reden werden in Deutschland nicht nur aufmerksam verfolgt, sondern teilweise auch gezielt beobachtet — insbesondere von politischen Stellen, dem Innenministerium oder dem Verfassungsschutz. Einzelne Sätze oder Passagen werden dabei oft aus dem Zusammenhang gerissen, missverstanden oder bewusst missdeutet.

Gerade deshalb ist es mir wichtig, unsere Positionen vollständig, klar, differenziert und unmissverständlich darzustellen — ohne Angriffsflächen für Verzerrungen oder falsche Unterstellungen. Denn wir sprechen über eines der sensibelsten und schwierigsten Themen in Deutschland: Gaza, Palästina, Israel, Menschenrechte, Völkerrecht und den Nahostkonflikt.

Und leider erleben wir immer wieder, dass jede Kritik an den Völkerrechtsbrüchen und Kriegsverbrechen der israelischen Regierung von bestimmten Kreisen vorschnell als antisemitisch diffamiert wird.

Deshalb tragen wir eine große Verantwortung:

Wir müssen einerseits klar und mutig gegen Unrecht Stellung beziehen — und gleichzeitig sehr präzise zwischen legitimer Israelkritik und tatsächlichem Antisemitismus unterscheiden.

Denn Antisemitismus lehnen wir entschieden ab. Aber ebenso lehnen wir es ab, den Antisemitismusvorwurf zu missbrauchen, um jede Kritik an Menschenrechtsverletzungen mundtot zu machen.

Aus diesem Grund veröffentlichen wir unsere Reden vollständig auf unserer Homepage und leiten sie auch an Verantwortliche in Politik und Behörden auf kommunaler, Landes- und Bundesebene weiter.

In diesem Sinne bitte ich euch herzlich um euer Verständnis, eure Geduld und eure Aufmerksamkeit.

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade ALLAHs mögen auf euch sein!

Liebe Geschwister,
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit,

ich begrüße euch alle herzlich zu unserer heutigen Kundgebung:
„Solidarität mit Global Sumud Flotilla und Gaza“.

Wir sind heute hier zusammengekommen, weil wir nicht schweigen wollen.
Wir sind heute hier, weil wir die Stimme der Menschen in Gaza sein wollen.

Denn Gaza droht aus dem Blick der Welt zu verschwinden.

Aber wir sagen heute hier in Gießen:

Nein!

Wir werden Gaza nicht vergessen.

Wir werden die Menschen in Gaza nicht allein lassen.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunden,

die Lage im Gazastreifen ist nicht einfach nur „schwierig“ oder „angespannt“.

Wir erleben seit dem 7. Oktober 2023 eine humanitäre Katastrophe historischen Ausmaßes.

Internationale Menschenrechtsorganisationen, UN-Organisationen, Ärzteteams und Hilfswerke berichten seit Monaten übereinstimmend von systematischen Zerstörungen und unmenschlichen Zuständen:

Mindestens 75.000 Menschen in Gaza wurden getötet, verletzt oder traumatisiert.

Zehntausende Kinder wurden zu Waisen.

Ganze Familien wurden ausgelöscht.

Wohnviertel, Schulen, Universitäten, Moscheen, Kirchen und Flüchtlingslager wurden bombardiert und zerstört.

Krankenhäuser wurden angegriffen oder funktionsunfähig gemacht.

Ärzte operieren teilweise ohne Narkose und ohne ausreichende Medikamente.

Verletzte Menschen sterben, weil medizinische Versorgung fehlt.

Kinder verhungern oder leiden an schwerer Mangelernährung.

Sauberes Trinkwasser fehlt.

Abwassersysteme sind zusammengebrochen.

Krankheiten breiten sich aus.

Menschen leben zwischen Trümmern, Hunger, Angst und Tod.

Und das Schlimmste:

Fast zwei Millionen Menschen sind im größten Freiluftgefängnis der Welt eingeschlossen.

Seit Jahren hält Israel den Gazastreifen unter einer umfassenden Blockade.

Die Menschen dort werden systematisch von der Außenwelt abgeschnitten und für ihr Überleben davon abhängig gemacht, dass Israel humanitäre Hilfe, Lebensmittel, Wasser und Medikamente hineinlässt oder zurückhält.

Das ist keine Sicherheitsmaßnahme.

Das ist die systematische Bestrafung einer gesamten Zivilbevölkerung.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

an dieser Stelle möchte ich auch etwas sehr Wichtiges klar und eindeutig sagen:

Der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 wird von der israelischen Regierung und von manchen politischen Kreisen in Deutschland immer wieder als Rechtfertigung für das Vorgehen Israels dargestellt.

Unsere Haltung dazu ist eindeutig:

Wir verurteilen jeden Angriff auf Zivilisten —
egal von wem er ausgeht
und gegen wen er sich richtet.

Jedes unschuldige Menschenleben ist wertvoll.

Jede Tötung von Zivilisten ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Aber genauso klar sagen wir:

Der 7. Oktober kann und darf niemals als Rechtfertigung für die kollektive Bestrafung von Millionen Menschen dienen.

Er kann keinen Völkermord rechtfertigen.

Er kann keine Kriegsverbrechen rechtfertigen.

Er kann keine Hungerblockade rechtfertigen.

Er kann nicht die Zerstörung von Krankenhäusern, Schulen, Flüchtlingslagern und Wohnvierteln rechtfertigen.

Völkerrecht gilt nicht nur dann, wenn es politisch bequem ist.

Menschenrechte gelten nicht nur für bestimmte Menschen.

Und Menschlichkeit darf niemals von politischen Interessen abhängig gemacht werden.

Gerade wer den Schutz von Zivilisten ernst meint,
muss ihn für alle Zivilisten gleichermaßen einfordern —
für Israelis ebenso wie für Palästinenser.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

während die Welt auf Gaza schaut, dürfen wir auch nicht vergessen:

Die israelische Regierung betreibt seit Jahrzehnten eine aggressive Vertreibungs- und Expansionspolitik im Westjordanland und in ganz Palästina.

Illegale Siedlungen werden immer weiter ausgebaut.

Palästinensische Familien werden vertrieben.

Häuser werden zerstört.

Land wird enteignet.

Und gleichzeitig erleben wir eine immer gefährlichere militärische Eskalation im gesamten Nahen Osten.

Diese Politik bedroht längst nicht mehr nur Palästina.

Sie gefährdet den Frieden in der gesamten Region und darüber hinaus.

Gemeinsam mit der Unterstützung der US-Regierung treibt die israelische Regierung eine Politik voran, die den gesamten Nahen Osten destabilisiert und die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes immer weiter erhöht.

Und genau deshalb geht es heute nicht nur um Gaza.

Es geht um Menschlichkeit.

Es geht um Frieden.

Es geht um die Zukunft einer ganzen Region.

Und letztlich geht es um die Frage:

Gilt internationales Recht für alle Staaten gleichermaßen — oder nur für manche?

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

genau deshalb haben sich mutige Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten aus aller Welt auf den Weg gemacht.

Nicht mit Waffen.

Nicht mit Hass.

Nicht mit Gewalt.

Sondern mit Gewissen.

Mit Menschlichkeit.

Mit Mut.

Die Aktivistinnen und Aktivisten der Global Sumud Flotilla wollten der Welt sagen:

„Schaut hin!

Vergesst Gaza nicht!“

Sie wussten wahrscheinlich selbst, dass sie die Blockade nicht einfach durchbrechen würden.

Aber ihr eigentliches Ziel war größer:

Sie wollten die Aufmerksamkeit der Welt auf das Leiden der Menschen in Gaza lenken.

Und dafür verdienen diese Menschen unseren tiefen Respekt und unsere Hochachtung.

Diese Menschen haben ihre Familien zurückgelassen.

Sie haben ihre Sicherheit riskiert.

Sie haben ihr Leben riskiert.

Nicht für sich selbst.

Sondern für Menschen, die sie vielleicht niemals persönlich kennenlernen werden.

Das ist wahre Menschlichkeit.

Das ist wahre Solidarität.

Das ist Mut.

Unter ihnen befand sich auch unser Bruder Hakan Kaya aus Wetzlar.

Ein mutiger Mensch aus unserer Region.

Ein Bruder, der bereits bei der ersten Sumud-Flotilla-Fahrt im vergangenen Jahr festgenommen wurde. Und trotzdem erneut aufgebrochen ist.

Warum?

Weil sein Gewissen ihn dazu verpflichtet hat.

Weil er nicht wegsehen wollte.
Weil er nicht schweigen wollte.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

gestern wurden die festgenommenen Aktivistinnen und Aktivisten freigelassen und abgeschoben. Sie befinden sich inzwischen in Istanbul.
Wir freuen uns über ihre Freilassung.

Aber wir dürfen nicht vergessen, wie mit diesen Menschen umgegangen wurde.

Die Welt hat Bilder gesehen, die beschämend sind.
Gefesselte und kniende Friedensaktivisten.
Öffentliche Demütigungen.
Spott.
Entwürdigungen.

Und all das durch Regierungsvertreter eines Staates, der sich selbst als demokratisch bezeichnet.

Sogar Regierungen Europas, die Bundesregierung, die EU-Kommission, selbst israelfreundliche Politiker und Diplomaten haben dieses Verhalten als inakzeptabel bezeichnet.

Doch wir sagen heute auch klar:
Es reicht nicht aus, betroffen zu sein.
Es reicht nicht aus, nur Kritik zu äußern.
Es reicht nicht aus, hinterher zu sagen:
„Das entspricht nicht unseren Werten.“

Denn dieselben Regierungen liefern weiterhin Waffen.
Dieselben Regierungen blockieren oder behindern internationale Ermittlungen.
Dieselben Regierungen sprechen weiterhin von „uneingeschränkter Solidarität“, selbst wenn grundlegendes Völkerrecht verletzt wird.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

morgen begehen wir außerdem den 77. Jahrestag unseres Grundgesetzes.

Das Grundgesetz verpflichtet Deutschland zur Achtung der Menschenwürde,
zum Schutz der Menschenrechte, zum Frieden und zur Bindung staatlichen Handelns an
Recht und Gesetz.

Gerade deshalb erwarten wir von der Bundesregierung,
dass sie diese Grundwerte nicht nur in Sonntagsreden beschwört,
sondern auch in ihrer Außenpolitik ernst nimmt.

Wer trotz schwerster Vorwürfe von Kriegsverbrechen,
trotz internationaler Haftbefehle,
trotz dokumentierter Menschenrechtsverletzungen weiterhin von „uneingeschränkter Soli-
darität“ spricht,
muss sich die Frage gefallen lassen,
ob diese Politik noch mit dem Geist unseres Grundgesetzes vereinbar ist.

Die Bundesregierung darf das Grundgesetz nicht selektiv anwenden.
Sie darf Völkerrecht nicht relativieren.
Und sie darf Menschenrechte nicht von geopolitischen Interessen abhängig machen.

Gerade am Jahrestag des Grundgesetzes sagen wir deshalb:
Die Würde des Menschen ist unantastbar —
nicht nur hier in Deutschland,
sondern auch in Gaza,
im Westjordanland
und überall auf der Welt.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

wir müssen die Dinge heute klar benennen:
Israel verletzt seit Jahrzehnten systematisch das Völkerrecht, missachtet Resolutionen der
Vereinten Nationen und tritt grundlegende Prinzipien der Menschenwürde mit Füßen.

Und trotzdem erleben wir immer wieder dieselbe politische Heuchelei:
Während internationale Gerichte ermitteln,
während Menschenrechtsorganisationen Alarm schlagen,
während weltweit Millionen Menschen gegen das Leid in Gaza protestieren,
liefert die Bundesregierung weiterhin Waffen,
spricht weiterhin von „uneingeschränkter Solidarität“
und vermeidet jede ernsthafte Konsequenz gegenüber der israelischen Regierung.

Das ist ein unerträglicher Widerspruch.

Wer Menschenrechte und Völkerrecht wirklich ernst nimmt,
darf Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nicht nur mit Worten kritisieren,
während er gleichzeitig politisch, diplomatisch oder militärisch genau jene Regierung unter-
stützt, die für diese Verbrechen verantwortlich ist.

Wer Waffen liefert,
wer internationale Ermittlungen behindert,
wer trotz massiver Völkerrechtsverletzungen weiterhin von „uneingeschränkter Solidarität“
spricht, macht sich politisch mitschuldig an der Fortsetzung dieses Unrechts.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf:
Beenden Sie diese widersprüchliche Politik!
Stellen Sie sich endlich klar auf die Seite des Völkerrechts und der Menschenrechte —
nicht nur in Worten, sondern auch im politischen Handeln.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

und dann hören wir die Worte von Benjamin Netanjahu, der sich plötzlich von seinem eigenen Minister distanzieren will und behauptet, dessen Verhalten entspreche „nicht den Werten und Normen Israels“.

Von welchen Werten spricht Netanjahu eigentlich?

Von den Werten eines Staates, der seit Jahren internationales Recht missachtet?

Von den Werten einer Regierung, die den Gazastreifen zerstört und Millionen Menschen kollektiv bestraft?

Von den Werten einer Politik, die Hunger, Blockade und Zerstörung als Druckmittel gegen eine gesamte Bevölkerung einsetzt?

Von den Werten einer Regierung, die seit dem 7. Oktober 2023 einen Völkermord in Gaza begeht?

Diese Aussagen sind an Zynismus kaum zu überbieten.

Denn dieselbe Regierung, die sich jetzt empört gibt, trägt politische Verantwortung für das Leid in Gaza und für die Eskalation dieser humanitären Katastrophe.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

an dieser Stelle müssen wir auch etwas Grundsätzliches und sehr Wichtiges klarstellen:

In Deutschland erleben wir seit Jahren, dass jede Kritik an den Völkerrechtsbrüchen und Kriegsverbrechen der israelischen Regierung sehr schnell mit Begriffen wie „Antisemitismus“, „Israelfeindlichkeit“ oder „Judenhass“ diffamiert wird.

Wir weisen diese Unterstellungen mit aller Klarheit und Würde zurück.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen Juden.
Nicht gegen das Judentum.
Nicht gegen jüdisches Leben.

Unsere Kritik richtet sich gegen die konkrete Politik der israelischen Regierung,
gegen Besatzung,
gegen Vertreibung,
gegen Blockade,
gegen Kriegsverbrechen
und gegen die Missachtung des Völkerrechts.

Und dafür stützen wir uns nicht auf Hass oder Ideologie,
sondern auf Berichte und Urteile internationaler Gerichte, Menschenrechtsorganisationen
und der Vereinten Nationen.

Wenn der Internationale Gerichtshof die Besatzung als rechtswidrig bewertet,
wenn der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle erlässt,
wenn Amnesty International, Human Rights Watch und UN-Organisationen schwere Men-
schenrechtsverletzungen dokumentieren —
dann ist es kein Antisemitismus, diese Fakten auszusprechen.

Im Gegenteil:

Die missbräuchliche Gleichsetzung von legitimer Kritik mit Antisemitismus schadet letztlich
auch dem echten Kampf gegen Antisemitismus.

Denn Antisemitismus ist eine reale und gefährliche Form von Menschenfeindlichkeit.
Wir lehnen ihn entschieden ab —
genauso wie antimuslimischen Rassismus,
Rassismus in allen Erscheinungsformen
oder jede Form von Menschenhass.

Und gerade deshalb dürfen wir nicht zulassen,
dass der Begriff Antisemitismus politisch instrumentalisiert wird,
um jede Kritik an der israelischen Regierung mundtot zu machen.

Wer jede Kritik an Israels Regierungspolitik automatisch als antisemitisch bezeichnet,
vermischt bewusst jüdisches Leben mit staatlicher Politik Israels.
Und genau das ist gefährlich —
für den gesellschaftlichen Frieden,
für die Demokratie
und auch für den ernsthaften Kampf gegen tatsächlichen Antisemitismus.

Wir sagen deshalb heute erneut klar:

Menschenrechte gelten universell.
Völkerrecht gilt universell.
Und Kritik an Kriegsverbrechen bleibt legitim —
egal welcher Staat sie begeht.

Unsere Haltung ist eindeutig:
Wir stehen gegen Antisemitismus.
Wir stehen gegen antimuslimischen Rassismus.
Wir stehen gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit.

Aber wir stehen ebenso klar gegen Unterdrückung,
gegen Besatzung,
gegen Vertreibung
und gegen die Entmenschlichung der palästinensischen Bevölkerung.

Denn Schweigen gegenüber Unrecht ist keine Neutralität.
Schweigen gegenüber Unrecht bedeutet,
das Unrecht zu normalisieren.

Und liebe Geschwister, liebe Freundinnen und Freunde,

natürlich hören wir jetzt wieder dieselben Vorwürfe:
Die Sumud Flotilla sei nur eine „PR-Aktion“ gewesen.
Die Aktivistinnen und Aktivisten seien „ Hamas-Unterstützer“.
Oder ihr Einsatz sei „sinnlos“ und „wirkungslos“.

Doch genau darin zeigt sich das eigentliche Problem:

Für die israelische Regierung und viele ihrer politischen Unterstützer gilt inzwischen jede Kritik an Israels Vorgehen als antisemitisch,
jede Solidarität mit den Menschen in Gaza als verdächtig,
und jeder Einsatz gegen das Leid der Zivilbevölkerung als Unterstützung der Hamas.

So versucht man seit Jahren,
jede kritische Stimme mundtot zu machen,
jede Debatte zu verhindern
und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu relativieren oder zu verschleiern.

Aber wir sagen heute klar:

Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen —
aber das systematische Verhindern humanitärer Hilfe ist ein Verbrechen.

Mitgefühl ist kein Extremismus —

aber die unmenschliche Gnadenlosigkeit, mit der die israelische Regierung und Armee seit Jahrzehnten gegen die palästinensische Zivilbevölkerung vorgehen, ist ein gefährlicher Extremismus.

Der Einsatz für Menschenrechte ist kein Terrorismus —

aber die Politik der kollektiven Bestrafung, der Zerstörung, der Vertreibung und der Einschüchterung gegenüber einer gesamten Bevölkerung ist staatlicher Terror gegen Zivilisten.

Diese Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten waren unbewaffnete Zivilpersonen.

Sie kamen nicht mit Raketen.

Sie kamen nicht mit Gewalt.

Sie kamen mit Medikamenten, Hilfsgütern und einer Botschaft:

„Vergesst Gaza nicht!“

Und wenn Israel tatsächlich glaubt, dass friedliche Segelboote mit Aktivisten eine Gefahr darstellen, dann zeigt das vor allem eines:

Wie empfindlich die israelische Regierung auf jede internationale Aufmerksamkeit gegenüber dem Leid der Menschen in Gaza reagiert.

Denn genau diese Aufmerksamkeit wollte die Sumud Flotilla erreichen.

Und genau deshalb war ihr Einsatz eben nicht umsonst.

Die Welt spricht heute wieder über Gaza.

Die Welt diskutiert wieder über die Blockade.

Die Welt sieht wieder das Leid der Menschen.

Und genau davor hatte die israelische Regierung Angst.

Liebe Geschwister, liebe Freundinnen und Freunde,

wir wollen aber auch eines heute klar sagen:

Unser Einsatz für die Rechte der Palästinenser bedeutet nicht, dass wir gegen Frieden sind.

Im Gegenteil:

Wir wollen einen gerechten Frieden.

Einen Frieden auf Grundlage des Völkerrechts, der Menschenrechte und der gleichen Würde aller Menschen.

Deshalb unterstützen wir eine gerechte und ernsthafte Zwei-Staaten-Lösung,

in der sowohl Palästinenser als auch Israelis in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben können.

Aber Frieden kann niemals auf Besatzung,

Vertreibung,

Blockade,
Unterdrückung
und permanentem Unrecht aufgebaut werden.

Es kann keinen dauerhaften Frieden geben,
solange Palästinenser entrechtet,
vertrieben und kollektiv bestraft werden.

Wahrer Frieden braucht Gerechtigkeit.
Wahrer Frieden braucht gleiche Rechte.
Und wahrer Frieden braucht den Mut, Unrecht klar zu benennen —
egal von wem es ausgeht.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

wir sind heute hier, weil Schweigen keine Option ist.

Der Prophet Muhammad (Friede sei mit ihm) sagte:

„Wenn jemand von euch Unrecht sieht, soll er es mit seiner Hand ändern. Wenn er dazu nicht in der Lage ist, dann mit seiner Zunge. Und wenn er auch dazu nicht in der Lage ist, dann mit seinem Herzen.“

Wir sind heute hier, um wenigstens mit unserer Stimme zu sagen:
Nein zum Unrecht.
Nein zur Entmenschlichung.
Nein zum Wegsehen.

Und ja:
Ja zur Menschlichkeit.
Ja zur Gerechtigkeit.
Ja zur Solidarität mit den Unterdrückten.

Liebe Geschwister, Freundinnen und Freunde,

lasst uns nicht müde werden.
Lasst uns die Hoffnung nicht verlieren.

Denn kein Unrecht währt ewig.
Kein Unterdrücker bleibt für immer bestehen.

Wie der große türkische Dichter Namık Kemal sagte:

„Ne mümkün zulm ile bîdâd ile imhâ-yı hürriyet?
Çalış, idrâki kaldır, muktedirsen âdemiyetten.“

„Es ist unmöglich, die Freiheit durch Unterdrückung und Tyrannei auszulöschen.
Versuche lieber, wenn du kannst, den Verstand/das Menschsein selbst aus den Herzen der
Menschen zu entfernen.“

Wir glauben daran:

Die Wahrheit wird bleiben.

Die Menschlichkeit wird bleiben.

Und die Stimme der Unterdrückten wird niemals verstummen.

Möge Allah den Menschen in Gaza helfen.

Möge Allah die Unterdrückten schützen.

Möge Allah uns Kraft geben, auf der Seite der Gerechtigkeit zu stehen.